

man unter Pragmatismus die alltagserfolgreichen und widerstandsgeringeren Lösungen der Probleme versteht, also Pragmatismus gleich Opportunismus setzt. Ich glaube, daß Entscheidungen, mögen sie das persönliche Leben oder die staatliche Existenz betreffen, von letzteren Zielvorstellungen — ja, ich scheue die Formulierung nicht — von einer Idealvorstellung menschlichen Zusammenlebens abhängen. Ich bin jedoch durch das Leben gelehrt worden, daß jedes gelöste Problem ein neues aufwirft, jede gewendete Not eine neue begründet und wir wohl immer in der Geschichte der Menschheit auf dem Wege zum Ziel sein und nie am Ziel anlangen werden.

FRAGE: Es stellt sich für Sie also nicht die Alternative Pragmatismus oder Ideologismus?

KÜHN: Nein, ich bin gleichermaßen mißtrauisch gegen die Extreme: ich mag nicht jene, die den Blick immer nur vor die Füße gerichtet haben, um die Probleme des Tages opportunistisch zu lösen und dabei vergessen, den Blick gelegentlich auf das wegweisende Ideal am fernen Horizont zu richten; und ich mag nicht jene, die die Nase stets in den Himmel der Ideologie auf ferne Horizonte der Wunschträume recken und dabei über die Probleme stolpern, die vor ihren Füßen liegen — und gelöst werden müssen, wenn wir weiterkommen wollen.

Ich halte nicht viel von utopischen Zukunftserwartungen, die man fremdwortreich aus weisen alten Büchern abgeleitet hat — die zu ihrer Zeit und für ihre Zeit eine Bedeutung gehabt haben mögen — und ich halte nicht viel von Menschenbildern, die man sich in der Retorte der Ideologie fabriziert hat und die den realen Wünschen und Erwartungen der Menschen unserer Zeit nicht entsprechen.

seinem Land zurückzuführen werden würde. Diese veränderte Ausgangssituation hat die öffentliche Hand zur Vorsicht bei der Übernahme weiterer Leistungen gezwungen.

Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß neben den finanziellen Schwierigkeiten gerade die konservativen Kräfte erhebliche Barrieren gegen eine rasche Verabschiedung des Gesetzes errichtet haben, zumal es sich hierbei um ein Zustimmungsgesetz durch den Bundesrat handelt. So hat die CSU in Bayern mit einer Verfassungsklage gegen die bildungsbezogenen Leistungen des

echter Partnerschaft herzustellen und mit dem überholten Prinzip der Vorrangigkeit der freien Träger Schluß zu machen, durch das gegenwärtig notwendiges öffentliches Handeln allzuoft verhindert wird.

Diese Kampagne gegen die Reform des Jugendhilferechts reiht sich ein in die Strategie der CDU/CSU gegen alle Reformbemühungen im Bereich des Jugend-, Ehe- und Familienrechts. Für die SPD gilt nach wie vor, daß die Reform des Jugendhilferechts ein wichtiges Aufgabengebiet bleibt.

Minister Prof. Dr. Friedrich Halstenberg, Düsseldorf:

Politische Mündigkeit ist das Ziel

Zum polemischen Vorwurf der Indoktrination an den NRW-Schulen

Der Essener Unternehmensverband hat vor kurzem eine Eigenveröffentlichung herausgebracht, in dem sich Vorstandsmitglied Dipl.-Bergingenieur Arno Jochum unter der Schlagzeile „Wohin steuert unsere Schule? — Indoktrination statt Information! — Nivellierung statt Profilierung!“ mit „der verhängnisvollen Entwicklung an unseren Schulen“ befaßt. Er behauptet u. a., daß diese Entwicklung „durch mannigfache Versuche marxistischer Beeinflussung im Unterricht und durch die zielstrebige Herbeifüh-

rung der Einheitsschule als Instrument der Gleichmacherei gekennzeichnet“ sei. Wörtlich folgerte der Verfasser, daß „dies zum Nachteil der jungen Menschen geschieht, daß es die individuelle Förderung erschwert und eine realistische Vorbereitung auf das Berufsleben verhindert“.

Dem muß entschieden widersprochen werden. Wer die Reformziele der nordrhein-westfälischen Schulpolitik so interpretiert, geht nicht nur von unrealen Voraussetzungen aus, sondern

setzt sich dem Verdacht aus, ganz bewußt durch einseitige Manipulation Spannungsprozesse in unseren Schulen und bei unseren Eltern auslösen zu wollen. Denn weder von Indoktrinierung noch von Gleichmacherei kann in den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen die Rede sein. Vielmehr ist es gerade eines der elementaren bildungspolitischen Reformziele in Nordrhein-Westfalen, der jungen Generation zum größtmöglichen individuellen Lern- und Bildungserfolg zu verhelfen.

„Indoktrination statt Information! — Nivellierung statt Profilierung!“ — Eine solche (von einem großen Unternehmensverband apostrophierte) Interpretation der Bildungspolitik der Landesregierung in den letzten sieben Jahren kann nicht Anspruch auf Sachlichkeit erheben. Es ist vielmehr unerlässlich, junge Menschen durch politisches Lernen zu bewußten Bürgern zu erziehen und ihnen insbesondere Gelegenheit zu geben, sich später ein eigenes politisches Urteil bilden zu können. Politisches Lernen hat nicht das geringste mit Indoktrination und Überredung zu tun. Nur wenn der politische Unterricht die Zielsetzung erreicht, die Erkenntnis zu vermitteln, daß politisches Handeln in der Bundesrepublik Deutschland nur in einem Verfassungs- und Rechtsstaat möglich ist, wird seine eigentliche Aufgabe erfüllt.

Die Leitziele der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik sind weiterhin primär von der Chancengleichheit und dem Abbau sozialer Nachteile für Begabte getragen. Jeder soll unabhängig von seiner sozialen Herkunft nach Fähigkeit und Neigung die gleichen Chancen zur Bildung erhalten. Das duale Bildungssystem eröffnet hierbei weitreichende Möglichkeiten, vor allem über berufsbegleitende Ausbildung später zu einem Ziel zu gelangen, das der junge Mensch unter Umständen in der Sekundarstufe I noch nicht klar zu erkennen weiß und folglich unter dieser altersmäßigen Voraussetzung nicht zu erreichen vermag. Es ist das Fernziel der SPD, die Entscheidung über den weiteren Ausbildungsgang eines Schülers bis zum Ende der Se-

kundarstufe I, d. h. bis zum Alter von 15 oder 16 Jahren, offen zu halten.

Die Gesamtschule ist keine Einheitsschule, sondern ein reichhaltig differenziertes System. Die Gesamtschule ist zwar noch nicht aus dem Versuchsstadium heraus, doch die ersten Erfahrungen, die man mit ihr in Nordrhein-Westfalen gemacht hat, sind beeindruckend. Während im herkömmlichen Schulwesen 15 Prozent der Schüler eines Jahrgangs die Schule ohne Hauptschulabschluß verlassen, sind es an den nordrhein-westfälischen Gesamtschulen nur sieben Prozent. Unter diesem Aspekt ist auch eine wesentliche Möglichkeit zu sehen, den Wechsel von einer Schule zur anderen so problemlos wie möglich zu machen. Es grenzt an Infamie, wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß vom nordrhein-westfälischen Kultusminister Schulbücher gebilligt würden, deren Ziel es sei, den Klassenkampf zu schüren. Hierzu ist mit allem Nachdruck festzustellen: Das ist keine Grundlage, um eine sachliche Diskussion zu führen. Der Kultusminister genehmigt lediglich Schulbücher, er identifiziert sich aber damit noch nicht mit ihrem Inhalt.

Die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren verfolgte Reformpolitik, insbesondere im Bildungsbereich, ist erfolgreich gewesen. Es gibt keine Reform ohne Schwierigkeiten. Aber die Probleme sind nicht so schlimm wie die Ungerechtigkeiten von gestern. Jeder sollte sehen, es sind die Probleme, die entstehen, weil etwas besser wird. Die Reformpolitik drückt sich auch in anderer Weise im Bereich der Grundschule aus: Hier ist in den vergangenen Jahren die Klassenstärke zurückgegangen, und zwar von 1970 bis 1974 bei einer durchschnittlichen Klassengröße von 35,5 auf 30,2 Schüler. Das entspricht einem Rückgang um fast 15 Prozent.

Auf dem Sektor der berufsbegleitenden Schulen sind in Nordrhein-Westfalen Zielvorstellungen entwickelt worden. Nachdem die Berufsschule seit 35 Jahren in ihrer gegenwärtigen Form besteht, hat der nordrhein-westfälische Kultusminister mit der

INTERVIEW

Weder Pragmatismus noch Ideologismus dürfen unsere Leitbilder sein, sondern ein auf die sorgfältige Analyse unserer Gegenwart gegründeter Realismus, der auf das Ziel eines größeren Maßes an Gerechtigkeit orientiert ist. Wenn ich so mühselig ein Stück, ein Stückchen nur, vorankommen kann, ist mir das wichtiger als jeder ideologische Weitsprung!

Aktuell • Aktuell • Aktuell

Bundesmittel für Ausbildungsstätten abgefordert

Das 150-Millionen-DM-Programm des Bundesbildungsministeriums zum Bau überbetrieblicher Ausbildungsstätten hat bei den Bundesländern und bei der Wirtschaft offenbar große Resonanz gefunden. Nach Angaben des Rohde-Ressorts liegen bereits jetzt 70 Anträge und Bauanzeigen für überbetriebliche Ausbildungsstätten mit einer Zuschußsumme von insgesamt mehr als 90 Millionen DM vor. Die Bundesregierung rechnet damit, daß 1975 die 150 Millionen DM zur Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten voll ausgenutzt werden können. Bundesbildungsminister Meimut Rohde wertet das große Interesse an den Zuschüssen als Anzeichen dafür, daß die überbetrieblichen Ausbildungsstätten vor allem für die Klein- und Mittelbetriebe der Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung seien, um das Ausbildungsangebot quantitativ abzusichern und qualitativ zu verbessern.

Arbeiterstudenten vervierfacht

Die Erhebung des Studentenwerks über die Verhältnisse im Studienjahr 1973/74 wirtschaftliche und soziale Sicherung des Studiums vom Mai letzten Jahres ergänzt, und deren Zwischenergebnisse in diesem Bericht bereits berücksichtigt weist aus, daß Bemühungen erfolgreich waren, den Zugang zum Hochschulstudium zu verbreitern. Unter Berücksichtigung aller Hochschuleinrichtungen hat sich die Zahl der Studenten in der Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren vervierfacht. Dabei stieg die Zahl der studierenden Arbeiterkinder der Erhebung zufolge stärker an. Stellten sie 1952/53 rund vier Prozent aller Studenten, waren es 1973 bereits fast 12 Prozent.

In den Ergebnissen der Umfrage heißt es, das Bundesausbildungs-

förderungsgesetz habe für Studenten aus einkommensschwächeren Schichten die wirtschaftliche Basis für ein Studium verbessert. Dennoch hätten sich zahlreiche Studenten, auch Empfänger von Ausbildungsförderung, zu Werkarbeit veranlaßt gesehen, um ihr Studium zu finanzieren. In der Umfrage bekannten 28 Prozent aller Studierenden, daß sie ihr Studium ganz oder teilweise aus Werkarbeit finanzierten. 61 Prozent aller Studenten hatten 1973 während der Vorlesungsmonate oder in den Semesterferien gearbeitet, weil ihre sonstigen Geldquellen nicht reichten, um ihre Gesamtausgaben zu decken.

Neue Akzente in Jugendbildung

Mit dem Landeskuratorium für Jugendbildung hat sich Ende Januar in Wiesbaden ein Gremium konstituiert, das künftig die hessische Landesregierung in allen Fragen der außerschulischen Jugendbildung beraten wird und dem auch bestimmte Mitwirkungsrechte eingeräumt werden. Ihm gehören unter anderem Vertreter der Jugendverbände, der kommunalen Spitzenverbände sowie der politischen Parteien an.

Die Bildung des Kuratoriums ist im hessischen Jugendbildungsgesetz sowie im Gesetz über den Bildungsurlaub vorgeschrieben, die beide zum 1. Januar 1975 in Kraft getreten sind. Vor allem im Hinblick auf die Auswahl und Anerkennung von Trägern und Veranstaltungen der außerschulischen Jugendbildung räumte man dem Landeskuratorium auch im Vergleich zu anderen Bundesländern ein großes Maß an Mitwirkung ein.

Ostberlin: 4000 ohne Studienplatz

Für das im September 1975 beginnende Studienjahr 1975/76 an den 54 Universitäten und Hochschulen sowie über 250 Fachschulen in der DDR ist schon jetzt festgelegt worden, wie viele Abiturienten ein Studium aufnehmen sollen: 30 000 an den Universitäten und Hochschulen sowie 22 000 an den Fachschulen.

Mehr als 4000 Studienbewerber werden keinen Studienplatz erhalten. Für sie ist nach den Worten des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen, Prof. Dr. Hans-Joachim Böhme, „in unserer sozialistischen Planwirtschaft ... ein Arbeitsplatz gewährleistet“. Der größte Andrang der Studienbewerber herrscht in den Disziplinen Geschichte, Veterinärmedizin, Psychologie, Außenhandel, Medizin und Zahnmedizin. Böhme bezeichnete

Einführung des Blockunterrichts zum ersten Mal eine strukturelle Form dieser Schulreform eingeleitet. Insgesamt gibt es im laufenden Schuljahr 2232 Klassen in Nordrhein-Westfalen (elf Prozent aller Klassen), die Vollzeitunterricht absolvieren. Immer mehr Schüler sprechen sich für den Vollzeitunterricht aus.

Es bedarf ferner des deutlichen Hinweises, daß die Landesregierung sich insbesondere auch der Werbung und Weiterbildung der Lehrer konzentriert gewidmet hat. Sie hat alle fachlich vertretbaren Möglichkeiten ergriffen, um zusätzliche Lehrer für unsere Schulen oder Mangelfächer zu gewinnen. Ich verkenne nicht, daß an vielen Schulen unseres Landes noch immer Lehrermangel besteht. Es darf aber auch nicht verkannt werden, daß die Lehrerversorgung insbesondere an Grund- und Hauptschulen beträchtlich besser geworden ist. In einer Sonderaktion hat die Landesregierung 1600 Absolventen höherer Fachschulen zu Lehrern

an berufsbegleitenden Schulen ausgebildet. Die Aktion „Unsere Schule“ warb bis Ende 1973 1800 nebenberufliche Lehrkräfte, vor allem für Gymnasien und Berufsschulen, an. 6800 Lehrer dieses Landes beteiligen sich gegenwärtig an Fernstudienlehrgängen.

Es ist außerdem ein bedeutender Erfolg, daß bereits heute etwa 20 Prozent aller Studenten in Nordrhein-Westfalen aus Arbeiterfamilien stammen. 1960 hatten von 100 Studenten nur fünf einen Arbeiter zum Vater. Wir gehen aber grundsätzlich davon aus, daß es bei allen individuellen Bildungsmöglichkeiten nicht nur um den einzelnen geht, es geht um alle. Schließlich sei auch noch an die im Hochschulbereich erzielte Gesamtleistung erinnert: In fünf Jahren sind 100 000 neue Studienplätze geschaffen worden. Wer allerdings Probleme inszeniert, weil etwas besser geworden ist, der verwässert die echten Anliegen im Bildungsbereich und macht diese überhaupt wirklichkeitsfremd.

Bundesminister Helmut Rohde, Bonn:

Nur Obstruktion und Polemik

Die Union auch in der Berufsbildung auf Strauß-Kurs

Was CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf noch im vergangenen Jahr als Schwerpunkt der Gesellschaftspolitik bezeichnet hat, gerät seiner Partei immer mehr zum Klotz am Bein: die Reform der beruflichen Bildung. Die CDU/CSU-Parteien haben geglaubt, daß es in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu einer Gesetzesvorlage kommen und sie somit ein freies Feld vor sich haben würden, das sie mit wohlfeiler Agitation bestellen könnten. Mit dieser Erwartung sind sie in den Graben gefahren. Die sozialliberale Koalition hat mit einem Entwurf zur beruflichen Bildung den Weg für ein Gesetzesverfahren eröffnet. Sie ist gleichsam am Zuge und hat die Unions-Parteien in Zugzwang gebracht. Die Union hat offensichtlich unsere Zähigkeit bei der Bewältigung schwieriger Gesetzeswerke unterschätzt.

Mit dem Zugzwang, unter den sie angesichts des Handelns der

sozialliberalen Koalition gesetzt worden ist, gerät die CDU/CSU in offensichtliche und öffentlich gewordene Schwierigkeiten. Das zeigte sich vor allem auf dem Saarbrücker Berufsbildungskongress der CDU, der in der Planung des Generalsekretärs Biedenkopf zur größten Fachtagung vor den nordrhein-westfälischen Wahlen werden sollte: Ein Höhepunkt sollte es werden, ein politischer Reinfall ist es geworden.

Dies ist keine überzogene Formulierung. Die CDU hat sich in Saarbrücken noch nicht einmal auf eine allgemeine Resolution, geschweige denn auf konkrete Grundzüge für ein Reformkonzept der Berufsbildung einigen können. Kammerbedienstete und Sozialausschußvertreter, Unternehmer und Arbeitnehmer gerieten in Streit. Weder in der Absicherung des Ausbildungsplatzangebots noch in der Finanzierungsfrage, weder bei der Organisation noch in den Ausbil-